

II-2032 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1087A

1987-10-22

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Strobl, Dr. Müller, Weinberger und Genossen

an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
Dipl. Ing. Dr. Rudolf Streicher

betreffend Grenzkontrolle nach kraftfahrtechnischen Vorschriften
direkt durch Zollorgane

Derzeit ist es Zollorganen im Zuge der Grenzkontrolle auch dann untersagt, gegen Lenker von Kraftfahrzeugen einzuschreiten, wenn diese fahruntüchtig sind oder deren Fahrzeug nicht vorschriftsmäßig ausgestattet ist.

Die Aufgabe der Zollorgane besteht lediglich darin, Feststellungen über defekte Lichtanlagen, Bremsen, Bereifung u.a.m. an die zuständige Sicherheitsbehörde (Polizei, Gendarmerie) weiterzuleiten. Die Fahrzeuglenker dürfen von den Zoll- und Grenzkontrollorganen auch dann nicht aufgehalten werden, wenn nach Verständigung der Sicherheitsorgane von diesen ein Zurückhalten erwünscht wird, da nach der derzeitigen Rechtslage eine diesbezügliche Ermächtigung fehlt. Diese Rechtslage wird insbesondere angesichts des zunehmenden Transit-Schwerverkehrs als absolut unbefriedigend empfunden.

In dem zwischen SPÖ und ÖVP vereinbarten Arbeitsübereinkommen findet sich daher folgende Absichtserklärung: "In Zukunft soll die Grenzkontrolle nach kraftfahrrechtlichen Vorschriften direkt durch die Zollorgane erfolgen (insbesondere LKW-Gewichtskontrollen)".

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e:

Wann werden Sie dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorlegen, der dieser Absichtserklärung der Koalitionsparteien Rechnung trägt?